

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredaktion:  
Erich Hilfringhaus, Berlin.  
Telephon: Amt Dönhofs 4196/4195



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin O 2 61, Dönhofs-Platz 8  
Druckerschrift: Gopelhaus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders bestimmt ist. Erscheinungsort für beide Fälle ist Berlin.

Berlin, den 12. März 1932.

176. 175. 174. 173.  
Ges. Geschäftsstelle  
Amsterdam

Alliance-Pläne im Orient.

(Von unserem Orient-Korrespondenten.)

SPD. Haifa, im März (Eig. Bericht)

Die gegenwärtig in England herrschende Partei sieht sich nach altem Brauch verpflichtet, den Nachweis ihrer besseren Befähigung auch auf dem schlüpferigen Parkett der Orientpolitik zu erbringen. Das von ihr dabei angewandte Verfahren unterscheidet sich zwar grundsätzlich von den Methoden der Arbeiterregierung, aber es ist nicht weniger verschieden von der bisherigen Tory-Praxis.

Die englischen Imperialisten verzichten diesmal auf das drohende Wort wie auf die gepanzerte Faust und sie greifen auf die dem Labour-Kabinett als Zeichen seiner Schwäche vorgeworfene Politik des Verhandeln zurück. Ihrer ganzen Veranlagung nach suchen die englischen Konservativen die Partner allerdings auf der anderen Seite der Barrikade. Für sie kommen die Vertreter demokratischer und fortschrittlicher Ideen selbstverständlich nicht in Betracht und sie haben den Anschluss an diejenigen Mächte gesucht, die sich zur Zeit in Ägypten und im Irak mit Hilfe eines Schein-Parlamentarismus und der britischen Unterstützung am Ruder halten oder die - wie in Palästina - Gegner der demagogischen Cliquenpolitik des Mufti sind. Von einer aufrichtigen Bundesgenossenschaft zwischen England und diesen Elementen kann schon deshalb keine Rede sein, weil auf beiden Seiten nichts anderes als reine Opportunitätspolitik getrieben wird. Auch die englische Politik bekundet hierbei weder eine bewusste Haltung noch eine eindeutige Gesinnung. Sie hat wenigstens vor Beginn des Jerusalemer Kongresses die national-revolutionären Bestrebungen gefördert und dabei indirekt jenen Persönlichkeiten den Steigbügel gehalten, die einen pan-asiatisch-panislamischen Orient mit anti-imperialistischem Einschlag als das grosse Heilmittel ansehen.

Den Leitgedanken des soeben von England unternommenen Versuchs bildet das Bemühen der Zusammenfassung aller gemässigten Gruppen im Mittleren Orient als Gegengewicht gegen den immer radikaler sich gebärdenden Nationalismus. Die Rolle des Metternich in dieser Heiligen Alliance, die neben Ägypten Palästina auch Syrien und den Irak umfassen soll, hat der ägyptische Ministerpräsident Sedky Pascha übernommen. Trotz der schwierigen Verhältnisse Ägyptens hat sich Sedky Pascha nach einem Besuch des neuen englischen Oberkommissars dazu berei gefunden, auf eine Propaganda-Reise für das neue Unternehmen in die Nachbarländer zu gehen.

Grosse Erfolge hat dieser Versuch nicht gehabt und er ist nicht über einige mehr oder weniger gut gestellte Ovationen hinausgekommen. Dagegen hat die mehrtägige Abwesenheit Sedky Paschas aus Kairo seinen politischen Gegnern die Gelegenheit zu einem Vorstoss gegeben, der ausserordentlich geschickt auf den schwächsten und gleichzeitig wichtigsten Punkt von Sedkys Stellung - das Verhältnis zwischen ihm und dem ewig um seinen Thron besorgten König Fuad - ge-

richtet war. Trotz der Vorsicht, mit der die Verhandlungen zwischen dem ägyptischen Premierminister und Sir Arthur Wauchope durch die Vermittlung der englischen Residentschaft in Kairo geführt worden sind, hat es doch nicht lange gedauert, bis ihr Inhalt an die Öffentlichkeit gesickert ist, da die Indiskretion im Orient noch um vieles stärker als in Europa zu den unentbehrlichen Requisiten des politischen Kampfes gehört.

Die Feststellung, dass Sedky Pascha durch seine Mission den englischen Plänen Helferdienste leistet, hat den wafdistischen Politikern als Angriffswaffe nicht ausgereicht. Sie griffen vielmehr zu einem anderen um vieles wirkungsvolleren Mittel, der Lanzierung von Gerüchten, dass der belgische Finanzexperte van Zeeland die Trennung der ägyptischen von der englischen Währung als die Rettung aus den ägyptischen Finanzschwierigkeiten bezeichnet habe und dass der Ministerpräsident weiter Verhandlungen über die Abtretung der Sinai-Halbinsel an Palästina angeknüpft habe, um sie der zionistischen Kolonisation zu erschliessen und dort ein Königreich unter der Herrschaft des ägyptischen Ex-Khediven Abas Hilmi zu schaffen, während England dafür Konzessionen im Sudan gewähren sollte. Diese Nachrichten haben in der Öffentlichkeit wie eine Bombe eingeschlagen und eine ähnliche Wirkung gehabt, wie der seinerzeit von den englischen Konservativen gegen das erste Labour-Kabinet Mac Donalds ausgespielte Sinowjew-Brief.

Der Wafd hat durch diese geschickt eingefädelte Intrigue dreierlei erreicht. Er hat seine in der letzten Zeit stark wankenden Reihen wieder neu formiert, zahlreiche Anhänger im Lager Sedky Paschas gegen ihren Chef misstrauisch gemacht, denn eine Verminderung des ägyptischen Territorialbesitzes beleidigt das nationale Gefühl auch eines antidemokratischen Ägypters und drittens hat er die Möglichkeit zur Herstellung der seit langem unterbrochenen Verbindung zum Hofe gefunden, der noch immer massgebend für die ägyptische Innenpolitik ist. Gemässigte wafdistische Politiker, deren königstreue Gesinnung ausser Frage steht, haben den Versuch unternommen, König Fuad mit der Opposition auszusöhnen und als Preis eines Friedens zwischen Krone und Nationalisten den Sturz Sedky Paschas verlangt. Der bisher allmächtige Premierminister hat bei seiner Rückkehr in die ägyptische Hauptstadt eine grundlegende veränderte Situation vorgefunden und er wird sich alle Mühe geben müssen, die von Eingeweihten bereits spätestens für April vorausgesagte Kabinettskrise zu verhindern.

Wenn die Ereignisse in der inneren Politik Ägyptens tatsächlich diese Wendung nehmen, dann hat die Taktik der englischen Konservativen, die sich bisher immer gerühmt haben, die wahren Experten für die ägyptischen Verhältnisse zu sein, schmählich Schiffbruch gelitten. An Stelle einer Klärung der verquickten Situation sind vielmehr neue Komplikationen zu erwarten, denen gegenüber die aus der Henderson'schen Politik entstandenen Schwierigkeiten ein Kinderspiel gewesen sind.

SPD. Magdeburg, 12. März (Eig. Drahtb)

In Pömmelte wurden nach einem Wortwechsel die Arbeiter Paasch und Schneidewind von den Söhnen des Arbeiters Franke erschossen. Paasch war bereits nach dem ersten Schuss tot. Trotzdem wurden auf ihn noch drei oder vier Schüsse abgegeben. Schneidewind erhielt einen Schrotschuss in die Hüftgegend und einen Rückenschuss; er verschied nach kurzer Zeit.

Welche unmenschliche Roheit von den Frankes bei der Bluttat entwickelt wurde, geht daraus hervor, dass Frau Schneidewind von ihnen mit dem Gewehrkolben bearbeitet und einer der Toten ebenfalls mit dem Kolben geschlagen wurde. Eine Angehörige von Paasch erlitt angesichts der entsetzlichen Tat einen Nervenchock und musste ins Krankenhaus geschafft werden. Der Vater

Fränkes, der bei der Bluttat gesagt haben soll: "Nun, Jungens, zeigt, dass Ihr Männer seid", wurde mit seinen drei Söhnen von der Landjägerei in das Schönebecker Gerichtsgefängnis eingeliefert. Die Verhafteten wollen in Notwehr gehandelt haben, doch sprechen die Umstände für eine andere Ansicht. Zwischen den Familien Franke, Paasch und Schneidewind besteht ein alter Familienstreit, der wahrscheinlich vor der Bluttat neu auflebte und bei dem schliesslich auch die politischen Gegensätze zutage traten. Die Fränkes sind Kommunisten. Paasch war technischer Leiter des Reichsbanners in Pömmelte; Schneidewind war sein Freund.

-----

SPD. Paris, 12. März (Eig. Drahtb.)

Aristide Briand wurde am Sonnabend-Nachmittag feierlich zu Grabe getragen. Um 2 Uhr wurde im Uhrensaal des Aussenministeriums in Gegenwart der Familienangehörigen, des Präsidenten der Republik, des Senats und des Kammerpräsidenten, der Präsidenten des Völkerbundes und des Rats, der Mitglieder der Regierung und des Diplomatischen Korps der Sarg durch den Erzbischof von Paris eingesegnet und dann auf einen vor dem Gitter des Aussenministeriums errichteten Katafalk, der mit einer Trikolore bedeckt war, gestellt. Zu beiden Seiten des Katafalks und ihm gegenüber waren Tribünen errichtet, auf denen die Trauergäste und die Vertreter der Presse Platz nahmen.

Im Namen der Regierung, des französischen Volkes und der im Völkerbund vertretenen Nationen hielt Tardieu eine lange Gedenkrede auf Briand. Er schilderte die Persönlichkeit und staatsmännische Laufbahn des Toten, die zunächst dem Frieden der Gewissen, dann dem Frieden im Innern und schliesslich dem Frieden unter den Völkern geweiht gewesen sei. Ueber die Bemühungen Briands um die Verständigung unter den Völkern sagte Tardieu u.a.: "Er marschiert auf das Ziel zu, wie der Reisende in der afrikanischen Wüste, der drei Schritte vorwärts und dann zwei Schritte rückwärts macht, aber sich am Abend mit der zurückgelegten Etappe, so klein sie auch sei, begnügt. In gewissen Stunden folgt eine grausame Enttäuschung, so z.B. im Sommer 1930, wo die edelmütigste Geste der französischen Geschichte so schlecht verstanden zu sein schien. In anderen Stunden folgt die Wiederaufnahme der Fühlung mit vorsichtigem Tasten und mit Vergleichen. Ein tragisches Drama, meine Herren, nicht eines Menschen sondern einer ganzen Generation, der Generation, die die Vorkriegszeit, den Krieg und die Nachkriegszeit erlebt hat und die bis heute noch nicht ihr Gleichgewicht gefunden hat. So niedergedrückt auch die Menschheit gegenwärtig sein mag, steht sie vor einem gefährlichen Dilemma: entweder für einen dauerhaften und garantierten Frieden die notwendigen Bedingungen zuschaffen oder mangels dieser Bedingungen eines Tages den zerstörenden Krieg wiederzusehen. Frankreich kann sich die Gerechtigkeit erweisen, dass es seit 13 Jahren alles getan hat, um die erste dieser beiden Hoffnungen zu verwirklichen. Es schuldet Briand Dank dafür, diesen einmütigen Willen zum Ausdruck gebracht zu haben."

Die Rede Tardiens verlor viel von ihrer Wirkung durch den kalten Ton, in dem sie gesprochen wurde und durch zahlreiche innenpolitische Anspielungen, die bei der Opposition auf scharfen Widerspruch stossen werden. Nach einem Vorbeimarsch der Truppen der Pariser Garnison vor dem Sarge setzte sich der Trauerzug in Bewegung. An der Spitze des Zuges wurden vier Kränze von Vereinigungen, deren Ehrenpräsident Briand war, getragen. Dann kam die Kapelle der republikanischen Garde, vier mit Kränzen beladene Wagen und der Leichenwagen. Diesem folgten die Familienangehörigen und Freunde des Verstorbenen, ein Vertreter des Präsidenten der Republik, Ministerpräsident Tardieu begleitet von dem Präsidenten des Völkerbundes und des Völkerbundsrats, Mitglieder der französischen Regierung und zahlreiche fremde Aussen-

minister, das Diplomatische Korps, darunter der Botschafter von Hoesch, Mitglieder des Senats und der Kammer und Abordnungen zahlreicher Vereinigungen. Auf dem Friedhof von Passy wurde der Sarg im Beisein der Familienangehörigen beigesetzt.

---

SPD. Koburg, 12.März (Eig.Drahtb.)

Hitler, der am Sonnabend in Koburg eingetroffen ist, wird hier über Sonntag verbleiben. Er hat im Bahnhofs-Hotel für sich und seine Begleitung nicht weniger als 12 Zimmer gemietet.

Hitlers Aufenthalt in Koburg ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass diese Stadt kommunalpolitisch unter nationalsozialistischer Herrschaft steht. Aus diesem Anlass hat der Bayerische Minister des Innern dem Koburger Stadtrat am Sonnabend bis auf weiteres die Befehlsgewalt über die Polizei entzogen und einem staatlichen Stadtkommissar, der zur Sanierung der von den Nationalsozialisten herabgewirtschafteten Koburger Finanzen eingesetzt worden war, übertragen.

---

SPD. Braunschweig, 12.März (Eig.Drahtb.)

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Als der Redner Oberstleutnant v. Olberg-Berlin behauptete, dass an dem Verbrechen der Einheitsfront nur die NSDAP die Schuld trage, setzte bereits starker Lärm ein. Die Ueberheblichkeit der Nationalsozialisten - so fuhr der Redner fort - habe verhindert, dass ein gemeinsamer Kandidat aufgestellt wurde, trotzdem der "Stahlhelm" bereit gewesen sei, für Hitler zu stimmen. Die anwesenden Nationalsozialisten riefen: "Beweise!" "Postenjäger!" "Größenwahn" und andere Beschimpfungen. Schliesslich kam es zu einer Keilerei. Von den Nationalsozialisten, die aus dem Saal herausgeworfen wurden, erlitten zwei Verletzungen am Kopf.

---

SPD. Paris, 12.März (Eig.Drahtb.)

Der englische Aussenminister Sir John Simons, der zur Teilnahme an der Bestattung Briands nach Paris gekommen war, hatte am Sonnabend vormittag eine fast zweistündige Unterredung mit Tardieu, die sich besonders auf die Abrüstungsverhandlungen und die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der Donauländer bezog. In dem nach der Unterredung veröffentlichten gemeinsamen Communiqué heisst es, dass Tardieu und Sir John Simons in dieser letzten Frage wie in allen anderen darüber einig sind, dass die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England weiter ausgebaut werden müsse, um in Europa die politischen Rivalitäten zu beschwichtigen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beschleunigen.

---

SPD. Braunschweig, 12.März (Eig.Drahtb.)

Der braunschweigische "Volksfreund" hat es abgelehnt, die Auflage-Nachricht des Nazi-Minister Klagges zugunsten des perversen Stabschefs der Hitler-Armee Röhm aufzunehmen. Statt dessen hat das Blatt in seiner Sonnabend-Ausgabe folgende Erklärung veröffentlicht:

"Der braunschweigische Polizeiminister Klagges hat uns unter Berufung auf die Notverordnung eine amtliche Entgegnung des braunschweigischen Staatsministeriums zu dem Röhm-Skandal zugestellt. Der Minister Klagges will den "Volksfreund" zwingen, eine Erklärung aufzunehmen, nach der die Briefe des Herrn Röhm aus München, die dieser Mann selbst als echt anerkannt hat, eine "erbärmliche Hetze" darstellten. Die perversen Neigungen des Privatmannes Röhm aus München werden durch die Verfügung des Polizeiministers Klagges zu einer innerstaatlichen Angelegenheit des Landes Braunschweig. Wir haben nicht die Absicht, uns das Willkürregiment des Polizeiministers Klagges in dieser Angelegenheit Röhm gefallen zu lassen und werden infolgedessen die amtliche Entgegnung des braunschweigischen Staatsministeriums nicht veröffentlichen. Wir erwarten die weiteren Entscheidungen des Ministers Klagges."

---

SPD. In einem Funktelegramm an das Braunschweigische Staatsministerium hat das Reichsinnenministerium am Sonnabend darauf hingewiesen, dass die Pressenotverordnung geändert worden ist und seit dieser Änderung Zeitungen nur mehr die Veröffentlichung amtlicher Entgegnungen auferlegt werden kann. Dazu muss die Entgegnung nicht nur von einer amtlichen Stelle ausgehen, sondern auch amtlichen Charakter tragen. Weiter sagt das Telegramm des Reichsinnenministeriums, dass die Entgegnung, die der Braunschweiger "Volksfreund" veröffentlichen sollte, offenbar nicht amtlich sei. Daher wird die braunschweigische Staatsregierung ersucht, ihre Auflage zurückzunehmen und eine Massregelung der Zeitung wegen Nichtveröffentlichung dieser Entgegnung zu unterlassen. Das Telegramm ersucht die braunschweigische Staatsregierung, zurückzutreten, wie die Sache steht.

Die Antwort des Herrn Klagges war bis Sonnabend-Abend in Berlin nicht bekannt. Aber der Schritt des Reichsinnenministeriums hat gewirkt; denn Klagges hat nicht gewagt, gegen den "Volksfreund" vorzugehen. Der "Volksfreund" ist am Sonnabend wie sonst erschienen. Erreicht hat Klagges nur - und das ist das Gute an der Affäre - dass sich nunmehr die ganze deutsche Presse mit dem perversen Herrn Röhm beschäftigt.

---

SPD. München, 12. März (Eig. Drahtb.)

Jetzt ist der Nachweis erbracht, dass Hitler keinen Tropfen Blutes der nordischen Edelrasse in sich hat, sondern slavischem Mischblut entstammt. Nach seiner eigenen Theorie ist dadurch zweifellos seine völkische Minderwertigkeit bedingt, die ihn absolut ungeeignet und unfähig zur Erneuerung der germanischen Herrenrasse macht, wie sie den Hakenkreuzlern als programmatische Idee vorschwebt. Dass Hitlers Mutter romanischen Ursprungs war, weiss man schon seit langer Zeit. Nun erfährt der Bayerische Kurier von authentischer Seite aus Österreich, dass Hitlers Vater am 7. Juni 1837 in Strones geboren wurde und erst nachdem er österreichischer Zollbeamter war, auf Grund eines Bescheides der niederösterreichischen Statthalterei vom 30. November 1876 im Legitimierungswege die Bewilligung zur Führung des deutschen Namens Hitler erhalten hat. Als Adolf Hitler geboren wurde, hat sein Vater den deutschen Namen also erst 13 Jahre getragen.

Da der Halbgott der deutschen Faschisten in seiner Selbstbiographie aus sich einen verhinderten Wunderknaben gemacht hat und damit kokettiert, dass er wegen der Armut seiner Eltern am Aufstieg ins Geistig-Akademische gehemmt wurde, ist auch eine weitere Mitteilung aus der österreichischen Quelle bemerkenswert. Danach hat Hitler, der nach dem Willen seines Vaters

unter allen Umständen Staatsbeamter werden sollte, schon die erste Klasse der Realschule verlassen müssen. Er war geistig so wenig begabt, dass er über die Niederrealschule nicht herauskam. Auch bei der Aufnahmeprüfung in die Malerschule ist er durchgefallen. Sein Ziel, Kunstmaler oder Architekt zu werden, hat er nie erreicht.

SPD. Die Zahl der Feuerbestattungsfreunde ist ständig im Wachstum begriffen. Wenn heute trotz der zahlreichen erheblichen Widerstände mit schätzungsweise 1,5 Millionen eingetragenen Mitgliedern gerechnet werden kann, so ist das ein ganz beachtliches Heer, zu dem die grosse Zahl derjenigen Anhänger hinzukommt, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen nicht Mitglied einer Bestattungsklasse sind, sich aber später verbrennen lassen wollen.

Dem Emporschnellen der Mitgliederbestände folgt bedeutend langsamer, aber mit gleichmässiger Sicherheit die Zahl der tatsächlichen Einäscherungen. Nach den ersten Ergebnissen der kommunalen Einäscherungsstatistik wurden 1931 insgesamt 58 237 Einäscherungen vorgenommen (ohne Danzig und Saarbrücken mit 882 Verbrennungen), und zwar wurden 30 244 Männer (51,9 vH) und 26 896 Frauen (46,1 vH) feuerbestattet. Der geringe Rest entfällt auf Kinder. Gegenüber 1930 ist ein Fortschritt um weitere 9,5 vH festzustellen. Rechnet man 1931 mit etwa 725 000 Sterbefällen im Reich, so haben sich 1931 also 8 vH aller Gestorbenen einäschern lassen. Jede 12. Bestattung war also eine Feuerbestattung. Noch 1920 (17 000 Einäscherungen) war dies erst bei jeder 56. Bestattung der Fall. Die Feuerbestattungsidee hat sich seitdem gewaltig Neuland erobert. In den letzten Jahren ist folgende Entwicklung zu verzeichnen:

Jahr	Krematorien	Einäscherungen	auf eine Feuerbestattung kommen Erdbe- stattungen :
1928	87	47 783	14
1929	92	56 060	13
1930	102	53 203	12
1931	105	58 237	11

Das anormale Anschwellen der Einäscherungen 1929 ist auf die furchtbare Grippeepidemie zu Beginn des Jahres zurückzuführen. An sich ist die Aufwärtsentwicklung von Jahr zu Jahr sehr gleichmässig vor sich gegangen.

Die Feuerbestattung beschränkt sich vorerst auf die evangelischen Teile Deutschlands (insbesondere auf Thüringen und Sachsen) und hier wiederum auf die Städte (der Verbreitung auf dem Lande stehen allerdings weniger weltanschauliche als technisch-wirtschaftliche Hindernisse entgegen, an deren Beseitigung intensiv gearbeitet wird). Dem Anteil der Feuerbestattungen im Reich (8 vH) stehen ganz wesentlich höhere örtliche Einäscherungshäufigkeiten gegenüber (hierbei bleiben die Ueberführungen vom Lande in die Stadt bereits unberücksichtigt). So lassen sich in thüringischen Krematoriumsstädten 3/4 der Bevölkerung und mehr verbrennen. In Berlin, Hamburg, Dresden, Bremen sind es 1/3, in Frankfurt/Main und Stuttgart 1/4 der Bevölkerung. Selbst in München und Nürnberg sind es immer noch 15 vH.

Angesichts des lawinenartigen Anschwellens der Feuerbestattungsbewegung haben sich in den letzten Jahren immer mehr Städte zur Errichtung von Krematorien entschlossen. Im vergangenen Jahre wurden drei Neuanlagenerrichtet (Lindau, Meissen, Cuxhaven). Sie sind wie alle übrigen Krematorien (mit einer Ausnahme) in Eigentum und Verwaltung der Stadt. Wir besitzen heute insgesamt 105 Krematorien im Reich. Hierzu kommen noch Danzig und Saarbrücken. Durchschnittlich wurden 1931 je Einäscherungshalle 570 Feuerbestattungen vorgenommen. Obwohl die Inanspruchnahme der einzelnen Halle sich von Jahr zu Jahr

steigert, halten die zahlreichen Neuerrichtungen von Krematorien den Durchschnitt immer wieder auf etwa der gleichen Höhe wie die Vorjahre.

Die Ergebnisse für 1931 vermitteln einen erfreulichen Eindruck von der lebendigen Kraft und Initiative und von der wachsenden wirtschaftlichen Erstarkung der Feuerbestattungsbewegung. Sie werden ein weiteres stichhaltiges Argument sein, um endlich bei Reichs- und Landesregierungen die Hemmungen gegen eine völlige Gleichstellung mit der Erdbestattung zu beseitigen.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



# Aus aller Welt

## Grauen um Anyoto.

"Gesellschaft der Leoparden" - Ein geheimer Verbrechensbund von Kongonegern. -  
23 Morde in einem halben Jahr!

SPD. An den Ufern des Kongo haust der Mordbund der Anyoto. Sie sind der Schrecken eines weiten Landes. Nach einer scheusslichen Aufnahmeprüfung, die den Neuen aller Grausamkeiten fähig zeigen muss, wird das Mitglied mit einem Leopardenfell verkleidet und zu den schreckenerregenden Aufgaben des Bundes herangezogen. Nach der Regel werden nur Schwarze angegriffen, nur in Ausnahmefällen wagen sich die Anyoto an Europäer. Vor allem sind die Kongowälder von Ituri und Nepoko Stätten des Schreckens. Die Dörfer dieser Gegend werden dauernd ausgeplündert, die Bevölkerung steht unter fürchterlichem Druck. Im Zeitraum von einem halben Jahr zählte man hier 23 Morde. Die Obrigkeit ist so gut wie machtlos. Die verängstigten Eingeborenen wagen nicht, die Schuldigen auszuliefern. Jede Verhaftung erweist sich als unnütz; sogar die Familien der Opfer verbergen alle Spuren des Verbrechens. Eines Tages nahmen Europäer in der Nähe von Lipongo zehn Männer fest, die ihnen verdächtig erschienen. Sie schickten sie zur Untersuchung nach Bomeli. Man versuchte mit allen Mitteln, aus ihnen etwas über den Bund herauszubekommen. Doch keiner verriet etwas. Erst nach ihrer Hinrichtung offenbarte sich, dass keiner der zehn ein Anyoto war, doch dass man ihnen gedroht hatte, sie auf schrecklichste Art umzubringen, wenn sie ein Wörtchen über das Vorhandensein des Anyoto verlauten lassen würden. Also hatten die Unglücklichen den Galgen den Leopardentatzen vorgezogen.

### Menschenfresser!

Die Anyoto halten sich streng an die übrigens erst seit kurzem bekannt gewordenen "Satzungen" des Bundes. Nur gegen Abend dürfen sie zum Angriff vorgehen und nur dort, wo gerade Leoparden gehaust haben. Ihre Verbrechen hinterlassen kaum Spuren, die von echten Leoparden Spuren zu unterscheiden wären. So ist man stets im Unsichern, ob der Ermordete einem Tier oder einem Menschen zum Opfer fiel. Auf der Brust tragen die Mitglieder des Anyoto kleine Holzschilder, die eine Art Talisman gegen Feuersgefahr bilden. Der Rücken ist von einem Leopardenfell bedeckt und der Kopf von einem schwarz bemalten Holzhelm, der auch über Stirn und Wangen geht. Ihre Sandalen haben eine dicke Kautschuksohle, die die Füße auf langen Wegen schonen und den Schritt unsichtbar machen. An jedem Finger der linken Hand ist ein fünf Zentimeter langes Messer angebracht; zwischen den Fingern der rechten tragen sie Nägel, die die Zähne des Leoparden ersetzen sollen. Jeder trägt einen Stock mit Krallen, die denen des Leoparden gleichen. Beim Angriff schlägt der Anyoto sein Opfer mit der linken Hand ins Gesicht, reisst ihm mit den Messern die Haut herab, während die rechte Hand, die Rolle der Zähne spielend, ihm an die Gurgel fährt. Nach der Tat schleppen die Anyoto ihre auf so grauenvolle Weise umgebrachten Opfer mit sich und verschlingen sie dann.

### Das Examen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach stammen die Anyoto aus dem Norden von Bomeli und gehören zum Stamm der Bastuasier. Der Ort, der als Geburtsstätte der grausamen Sekte verrufen ist, war einst von vielen Nomadenstämmen berührt. Da der Boden reich an Eisenschätzen war, hatten sich die Bewohner im Schmiedehandwerk gebildet. Sie verkauften viele Gegenstände an die Vorüberziehenden, besonders auch Waffen. Doch dann wurde das Land von den Arabern überfallen und etwas später von den Europäern. Die Nomadenstämme suchten sich



andere Wege, und die einst so wohlhabenden Schmiede wurden ärmer und ärmer. So bemächtigte sich ein Rachegeiz ihrer primitiven Seelen. Und als die Bastuasier sagen, dass ihr Häuptling mehr und mehr an Macht und Einfluss verlor, beschlossen sie, auf grauenvolle Weise den Eingeborenen Respekt und Angst vor ihrem Obersten einzufliessen.

Die Gesellschaft hat einen Rat, der die einzelnen Gruppen "organisiert"; jedes Bastuasierdorf stellt etwa 5 - 6 Anyoto, die auf Leben und Tod miteinander verbrüdet sind. Zu Beginn seiner "Laufbahn" wird der Leopardenkandidat einem Examen unterstellt; dieses Examen besteht aus einem "vorschriftsmässig" ausgeführten Mord. Die Eintrittszeremonie findet im Urwald statt, fern jeder menschlichen Behausung. Wenn die körperlichen Leistungen des Kandidaten den gestellten Anforderungen nicht genügen, wird er meist zum Tode verurteilt. Wird er indes freigelassen, dann gnade ihm Gott, wenn er ein Wörtchen von dem verlauten läßt, was er im Kreise der Anyoto erfuhr und erlebte.

J.

+ + +  
Blutschande und Notzucht. Vom Bezirksschöffengericht Düren (Rheinland) wurde der 57 jährige Invalide Cremers aus Viehöfen wegen fortgesetzter Blutschande an seinen vier Töchtern in Tateinheit mit Notzucht zu  $3\frac{1}{2}$  Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Cremers war wegen des gleichen Vergehens bereits mit 18 Monaten Zuchthaus vorbestraft.

+ + +  
Berliner Prozesse. Am 15. März findet vor dem Gericht in Berlin-Moabit die Verhandlung gegen den Maler Othegraven statt, dessen Leopard "Nanosh" vor einigen Wochen die  $1\frac{1}{2}$  jährige Erika Scharries zerfleischte. - Für den 6. April ist die seit langer Zeit vorbereitete Hauptverhandlung gegen den Kunsthändler Otto Wacker angesetzt; Wacker hat 30 gefälschte van Gogh-Gemälde zu einem Durchschnittspreis von je 10 000 Mark verkauft. Auch der zweite grosse Prozess gegen den russischen Raiffeisen-Schwindler Uralzef wird demnächst beginnen.

+ + +  
Besteuerung Bubiköpfe. Das bulgarische Finanzministerium ist auf der Suche nach neuen Einnahmequellen auf den bereits Gesetz gewordenen Gedanken verfallen, das Frisieren von Bubiköpfen und die Anfertigung von Dauerwellen zu besteuern. Die bulgarischen Friseure müssen für jede entsprechende Behandlung ihrer Kundinnen je 5 Lewa an den Staat abführen.

+ + +  
400 000 Photos! Der englische Sammler Sir Robert Witt stiftete dem neugegründeten Londoner "Courtauld-Universitäts-Institut für das Studium der Kunstgeschichte" die von ihm angelegte Sammlung von Abbildungen von Kunstwerken, insbesondere von europäischen Gemälden und Zeichnungen. Witts genau katalogisierte Sammlung umfasst 400 000 Photographien und wird jährlich durch etwa 20.000 Neuerwerbungen ergänzt. Die Zahl der vertretenen Künstler beträgt etwa 17 500.

+ + +  
Kindesmord! Auf dem Boden eines Hauses in Berlin NO. wurde am Sonnabend Nachmittag, in Lumpen eingehüllt, die Leiche eines kleinen Mädchens gefunden. Offenbar liegt ein Lustmord vor.

+ + +  
Berliner Wahlstatistik. Zur Werbung für den Wahlkampf fanden in Berlin in über 300 Sälen rund 5 000 Versammlungen statt. Kleinere Säle kosteten etwas 50 bis 100 Mark; der 15 000 Personen fassende Sportpalast "verschlang" an jedem Abend in der Woche 7 000 Mark. Die Gastwirte beklagen sich darüber, dass der Verzehr nur sehr gering war. So wurden bei einer Wahlversammlung in Berlin-Lichterfelde, die von 800 Personen besucht war, nur 34 Glas Bier getrunken. Tumultschäden waren kaum zu verzeichnen.

## Politik und Warenmärkte.

Gut geht allein das Munitionsgeschäft.

SPD. Gerade in den letzten Wochen hat sich gezeigt, wie sehr die Warenmärkte von der Politik abhängig sind. Hier wirken zwei Unsicherheitsmomente zusammen, die Entwicklung in Ostasien und die schleppenden Verhandlungen der Abrüstungskonferenz. Unter Druck dieser Unsicherheit verschwinden die Spuren von Unternehmungslust, die sich hier und da wieder gezeigt hatten. Es steht fest, dass die Welt erst mit diesen politischen Unsicherheitsfaktoren fertig werden muss, ehe man an eine wirkliche Besserung in der Wirtschaft denken kann. Nur so werden sich auch die Entlastungen genügend auswirken, die der Frühling in der Regel bringt.

Auf den Metallmärkten, die stark politisch beeinflusst sind, zeigte sich Mitte Februar eine leichte aber deutliche Aufwärtsbewegung. Sie ist Mitte März wieder zum Stillstand gekommen. In einzelnen Fällen haben sich scharfe Rückgänge eingestellt. Der Kupfermarkt macht hier eine Ausnahme, die sich durch die Kartellverhandlungen erklärt. Man war sich eine Zeit lang völlig im Unklaren, ob das Internationale Kupferkartell überhaupt noch zu halten sei. Das drückte auf den Kupferpreis, der scharf sank, solange man an einen sofortigen Zerfall des Kartells glaubte. Jetzt ist es nun gelungen, das Kartell um zwei Monate zu verlängern. Damit hat man zunächst für neue Verhandlungen Zeit gewonnen und glaubt, dass diese neuen Verhandlungen unter günstigeren Sternen stehen werden. Die afrikanischen Kupfergruben (Katangagrube), die ja von englischen Finanzkreisen beherrscht werden, haben, vorerst allerdings unverbindlich, erklärt, dass sie auf ihre bisherige Vorzugsstellung verzichten wollen. Nach dem alten Kartellgesetz brauchen nämlich die afrikanischen Gruben keine Produktionsdrosselungen vorzunehmen. Wenn sich nun die Afrikaner der Produktionseinschränkung unterwerfen, so schafft das natürlich bessere Voraussetzungen für eine Produktions- und Exportregelung. Andererseits wird ein alter Streitgegenstand zwischen den Amerikanern und den Afrikanern, also in Wirklichkeit zwischen der amerikanischen und der englischen Kupferpolitik aus der Welt geschafft. Diese Entwicklung hat natürlich günstig auf den Kupferpreis gewirkt. Das Kupferkartell konnte seine Preise mehrfach erhöhen und hat nach seiner alten Taktik nur ganz kleine Mengen in den Verkauf gegeben, die von Konsum schnell aufgenommen werden konnten. So sieht der Markt etwas günstiger aus, wenn man die Preise betrachtet. Aber es sind noch ungeheure Bestände an Kupfer, die man auf 1 Million Tonnen schätzt, vorhanden. Allerdings muss man berücksichtigen, dass es vielleicht möglich sein wird, diese Bestände leichter zu beleihen, wenn die amerikanische Kreditlockerung und Kreditausweitung durchgeführt ist. Können die amerikanischen Kupferproduzenten aber von der Kreditausweitung nicht profitieren, dann sieht es um den Kupfermarkt sehr böse aus.

Bezeichnend ist auf den Metallmärkten vor allem das Anziehen der Preise für Rohantimon. Dieses Metall wird in der Hauptsache von China geliefert. Wenn nun die Preise für Antimon angezogen sind, liegt das nicht ausschliesslich daran, dass die Lieferungen z.T. durch die Wirren im Fernen Osten unterbunden sind. Unsere Geschossmetalle enthalten nämlich sehr erhebliche Mengen von Antimon und das Munitionsgeschäft ist leider gegenwärtig das einzige Geschäft,

das gut geht und prosperiert.

An den Textilrohstoffmärkten hat sich wenig verändert. Allerdings ist die Zurückhaltung recht gross. So war z.B. auf der Londoner Wollversteigerung zu beobachten, dass lediglich "Anlagekäufe" die Preise stützen, während der eigentliche Verbrauch der meisten Länder nicht besonders in den Vordergrund trat. An den Baumwollmärkten scheint man darauf zu warten, ob der Anbau im Baumwollgürtel der nordamerikanischen Union wirklich so stark eingeschränkt wird, wie man ursprünglich hoffte.

Nicht besonders optimistisch ist auch die Stimmung auf den Getreidemärkten. Im Februar gab es hier eine kleine Sonderaufwärtsbewegung deshalb, weil Mais ja am 1. März in England zollpflichtig wurde und weil man befürchtete, dass England auch die Weizeneinfuhr mit Zöllen belegen würde. So gingen grosse Mengen von Weizen und Mais nach England. Der ganze Prozess brachte eine derartige Entlastung am Weltmarkt, dass es zu mässigen Preissteigerungen kam. Die Bewegung aber hörte am 1. März, als England die Zölle einfuhrte, auf. Die Nachfrage der anderen Länder reichte nicht aus, um vollen Ersatz zu schaffen. Dabei zeigt die Erhöhung der Beimahlungsquote in Frankreich und Italien, dass die europäischen Länder im laufenden Erntejahr noch einen beträchtlichen Zuschussbedarf haben. Der Weltmarkt rechnet vor allem mit der Notwendigkeit grösserer Brotgetreideeinfuhren nach Deutschland.

-----

SPD. Die Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie (Avi) gibt eine Darstellung zum Eisenstreit (siehe Wirtschaftsteil vom 11. März 32), die zeigt, dass die Eisenindustrie gesonnen ist, wichtige Teile der deutschen Exportindustrie einer Diktatur zu unterwerfen. Es handelt sich um einen ungeheuren Skandal, der nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch interessiert. Die Schwerindustrie hat nicht umsonst mit Hitler und seinen Paladinen gefrühstückt. Gestützt auf die nationalsozialistische Bewegung mutet man der deutschen Wirtschaft, mutet man dem mittleren und kleinen Existenzen in der Industrie den glatten Ruin zu.

In der Darstellung der Avi heisst es u.a.: "Die Eisen schaffende Industrie will zwar die Monopolisierung des Inlandsmarktes festhalten, die ihr ein Hochhalten der Inlandspreise auf mehr als dem Doppelten des Weltmarktpreises zu Lasten des deutschen Inlandsverbrauchs erlaubt. Der einzigen Gegenleistung aber, nämlich der vertraglich übernommenen Verpflichtung, der Eisen verarbeitenden Industrie wenigstens für ihren Export Weltmarktpreise ebenso wie den ausländischen Beziehern deutschen Eisens zu gewähren, will sie sich jetzt entziehen." Man muss sich über die Folgen dieser schwerindustriellen Diktatur einmal klar werden. Die Avigemeinschaft stellt diese Folgen wie folgt dar: "Die Eisenindustrie verlangte von der Avi bei den letzten Verhandlungen die völlige Preisgabe der kleinen und mittleren Firmen, denen die Eisenindustrie bei einem Eisenbedarf für Ausfuhrzwecke von unter 48 Tonnen pro Jahr die Rückvergütung überhaupt sperren wollte, obwohl es sich dabei um die Hälfte der exportierenden Werke handelt. Das Exportgeschäft dieser Firmen würde dadurch vollkommen lahmgelegt werden. Auch die übrigen Firmen sollten für ihren laufenden Bezug, etwa 80 Prozent des Geschäfts, nur noch mit der Hälfte bzw. vier Fünftel des Zollbetrages vergütet werden. Das würde praktisch bedeuten, dass bei Stabeisen nur 12,50 Mark bis 20 Mark pro Tonne rückvergütet würden, gegenüber der tatsächlichen Preisdifferenz zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis von zurzeit 58 Mark pro Tonne. Die kurzfristige Kündbarkeit, welche die Eisenindustrie in Zukunft für ihre Rückvergütungsverpflichtungen verlangte, steht in krassem Widerspruch zu der Langfristigkeit der Eisenzölle und Gebietsschutzabkommen und würde die Eisenversorgung des Exportgeschäftes auf eine so unsichere Grundlage stellen, dass langfristige Abschlüsse mit der Auslandskund=

schaft unmöglich würden."

Es ist selbstverständlich, dass die Avi die Vorschläge der Eisenindustrie ablehnte. Sie schlug vor, ein Schiedsgericht zu bilden, das die Entscheidung nach Recht und Gerechtigkeit treffen sollte. Dieses Schiedsgericht wurde von der Schwerindustrie abgelehnt. Die Schwerindustrie wollte sich höchstens bequem, ein Schiedsgutachten aufstellen zu lassen. Dafür legte die Schwerindustrie Fragen vor, die, wie die Avi mitteilt, offensichtlich darauf hinausliefen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, um der Eisenindustrie die formaljuristische Möglichkeit zu eröffnen, sich ihren vertraglichen Verpflichtungen zu entziehen.

Wir glauben, dass es die höchste Zeit für die Regierung ist, endlich einzugreifen und zu zeigen, dass sie nicht gesonnen ist, die Diktatur einer nazitolen Schweindustrie zu dulden.

-----

SPD. Die Bestrebungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, eine Briketteinheitsmarke einzuführen, sind so weit gediehen, dass bereits die Einheitsmarke "Sonne" hier und da in den Handel gebracht wird. Dazu wird uns von unterrichteter Seite u.a. folgendes geschrieben:

"Das Einheitsbrikett" zum Einheitspreis bedeutet in Wirklichkeit keinen Fortschritt, sondern den krassesten Auswuchs privatkapitalistischer Syndikatspolitik. Beste und schlechte Briketts sollen von jetzt ab in einheitlichem Gewande auf den Markt gebracht werden. Damit wird dem Verbraucher jede Kontrolle genommen, für gutes Geld auch gute Waren zu bekommen. Worauf die ganze Sache hinausläuft, wird verständlicher, wenn man bedenkt, dass die Qualitäten der in Mitteldeutschland gelieferten Briketts ganz ausserordentlich verschieden sind. Die sogenannten erstklassigen Briketts (STA, MW, Phönix, WW Luckenau, Rositz usw.) kommen aus den Gegenden von Luckenau, Zeitz, Altenburg und Borna, die nächste Qualität (AKW, Cäcilie, Hallore, Michel, Beuna) aus dem sogenannten Geiseltal - das ist der Landstrich zwischen Merseburg und Mückeln - und die allergeringsten (Auguste, Leopold usw.) aus der Gegend Halle, Bitterfeld und einigen Randgebieten. Bisher waren die verschiedenen Qualitäten äusserlich im Aufdruck zu erkennen; es ergab sich von selbst, dass die minderwertigen Marken billiger verkauft werden mussten. Das alles fällt heute fort und unlautere Elemente können unter dem Einheitsgewand den Kunden aufs schwerste benachteiligen. Wenn man auch das alte Uebermass an Brikettmarken nicht zurückwünschen möchte, so muss doch mit aller Entschiedenheit gefordert werden, dass für Mitteldeutschland mindestens drei Handelsmarken bestehen bleiben, die den verschiedenen Hauptqualitäten entsprechen. Innerhalb dieser drei Handelsmarken muss eine preisliche Anstufung nach dem Heizwert vorgenommen werden".

Wir können dieser Zuschrift nur zustimmen. So sehr wir uns für die Vereinheitlichung einsetzen, so weit sie Qualitätsverbesserung bedeutet, müssen wir die Bestrebungen im mitteldeutschen Braunkohlengebiet zurückweisen. Es scheint hier nicht Produktionsverbesserung und eine Vereinfachung des Handelsgeschäfts vorzuliegen, sondern eine glatte Uebervorteilung der Verbraucher.

-----

SPD. Vom württembergischen Finanzministerium wird die Errichtung einer selbständigen württembergischen Bank mit einem Kapital von 20 Millionen Mark geplant, deren Aktien von der württembergischen Wirtschaft unter Beteiligung des Staates gezeichnet werden sollen. Die Gründung dieser Bank soll die württembergische Wirtschaft bei der Befriedigung ihres Kreditbedarfs von den von Berlin aus geleiteten Grossbanken unabhängiger machen. Die bestehende württembergische Notenbank ist an die Vorschriften des Privatnotenbankgesetzes gebun-

den und kann die zu Tage getretenen Bedürfnisse nicht ausreichend erfüllen. Wie es heisst, sollen auch die massgebenden Berliner Stellen den Plan einer selbständigen Regionalbank in Württemberg günstig aufgenommen und ihre Unterstützung in Aussicht gestellt haben.

-----

SPD. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat teilt mit: Bis Ende Februar 1932 hat der Ruhrbergbau für die Kohlen-winterhilfe 475 000 t verbilligte Kohle und Briketts von den Lagerbeständen der Zechen zur Verfügung gestellt. Wenn man den laufenden Monat einbezieht, wird sich die in diesem Winter abgegebene Menge voraussichtlich auf etwa 600 000 t bis Ende März stellen. Zu diesem Termin findet die Massnahme, deren Durchhaltung dem Ruhrbergbau bei seiner schlimmen Lage nicht leicht geworden ist, wie vorgesehen ihr Ende. Im April findet eine Abgabe auf Bezugsscheine nicht mehr statt.

-----

SPD. Essen, 12. März (Fig. Drahtb.)

Auf der Hauptversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen und des Zechenverbandes führte der Vorsitzende Dr. Brandi in seiner Ansprache aus, dass die deutsche Wirtschaft durch eine sinnlose Erfüllungspolitik und die Verwirklichung marxistisch-sozialistischer Forderungen im weiten Ausmass Kampf- und leistungsunfähig zusammengebrochen sei. Die marxistisch-sozialistischen Auswirkungen hätten die Grundlagen der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung erschüttert, Kapital und Vermögen vernichtet, Kredit und Vertrauen zerstört, die altbewährten Grundsätze einer freien, sich selbst erfolgreich regulierenden Wirtschaft beseitigt und anstelle von selbstverständlicher Renten- und Kapitalbildung Verlust und Verschuldung in geradezu grauenhaftem Umfang gesetzt. Diese allgemeine Notlage habe eine neue Gefahr grössten Ausmasses heraufbeschworen, die fortschreitende Sozialisierung ganzer Wirtschafts- und Industriezweige. Er rufe zum entschlossenen und einmütigen Kampf gegen diese Gefahr auf, nicht zuletzt, um eine weitere Verelendung unserer Arbeiterschaft zu vermeiden. Ähnliche Töne schlug auch der Geschäftsbericht des Herrn von Löwenstein an. In der Notverordnung vom 8. Dezember habe sich die Rücksicht auf die politische Lage stärker erwiesen als die wirtschaftliche Vernunft. An allen Vorstellungen, Warnungen und Vorschlägen der Industrie gehe die Verordnung achtlos vorüber. Den unseligen Gedanken der Kaufkrafttheorie habe man dagegen erneut verankert. Wenn man u. a. dem Bergbau eine übertriebene Mechanisierung und Rationalisierung von gewerkschaftlicher Seite vorwerfe, so wäre es ehrlicher gewesen, gleichzeitig zu bekennen, dass man ihm doch seinerzeit selbst technische Rückständigkeit vorgeworfen und ihm Amerika als Vorbild technischer Betriebsführung empfohlen habe. Der Vorwurf der Fehlinvestitionen erinnere an den Gaunertrick: Haltet den Dieb! Man brauche nur in die von den Anhängern der Kaufkrafttheorie vielfach beherrschte öffentliche Wirtschaft und die Verwaltung der Ortskrankenkassen hineinzuleuchten, um solchen Fehlinvestitionen in riesenhaftem Ausmass zu begegnen.

Im Anschluss an diesen Vortrag gab der Vorsitzende Dr. Brandi der Hoffnung Ausdruck, dass in den breiten Massen des Volkes und einigen Regierungskreisen eine geistige Umstellung sich anbahne und die Einsicht endlich aufdämmere, dass man auf dem falschen Weg wandere. Es sei zu hoffen, dass sich hieraus eine grosse nationale Bewegung zur Gesundung noch entwickle.

+ + +

Die beiden Redner gehören zu den grössten Scharfmachern der Schwerindustrie, die in letzter Zeit nicht nur mit Adolf Hitler gefrühstückt haben, sondern auch von ihm geistig befruchtet wurden. Man muss sich nur wundern, woher die Leute den Mut und die Stirn nehmen, ihre Vorwürfe in die Welt zu setzen. Die Schwerindustrie, die von diesen beiden Leuten vertreten wird, hat eine Saurwirtschaft betrieben, die beiseitlos dasteht. Sie hat Fehlinvestitionen und Ueberspekulationen in einem Masse gehäuft, das die Grundlagen dieser Industrie erschüttert. Sie haben mit der primitiven Lohnabbauformel die Kaufkraft des Landes vernichtet. Hinterher sind sie zum Staat gelaufen und haben ihn angepumpt, haben Subventionen unter Drohungen und Erpressungen herausgequetscht. In Essen stellt man sich jetzt hin und spricht davon, dass die "Marxisten" die Grundlagen der freien Wirtschaft erschüttert und ganze Industriezweige sozialisiert hätten. Wenn Tausende von Existenzen aber enteignet und wurzellos gemacht worden sind, wenn man weite Gebiete der Industrie mechanisiert und verbürokratisiert hat, dann sind dafür nicht die "Marxisten" oder der gegenwärtige Staat verantwortlich, sondern der Trastkapitalismus der Schwerindustrie, dessen Interessenvertreter die Herren Brandt und von Löwenstein sind. Die nationalsozialistische Bewegung gibt diesen Leuten Mut: ihr Kamm schwillt. Es wird höchste Zeit, dass das deutsche Volk eindeutig zum Ausdruck bringt, dass es sich dieses Spiel nicht länger gefallen lässt.

-----  
 Geschäftsstille.  
 -----

(Berliner Getreidebörse vom 12. März)

SPD. Auch am Sonnabend zeigte sich an der Berliner Produktenbörse bei ruhiger Tendenz grössere Geschäftsstille. Die Umsatztätigkeit bewegte sich in engsten Grenzen. Am Promptmarkt waren Roggen und Weizen nur in geringfügigem Umfang aufgenommen. Die Preise waren für Roggen unverändert, während sich der Weizenkurs um 1 Mark befestigen konnte. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich gleichfalls nur geringfügige Abweichungen zunächst nach oben, während im Verlaufe der Börse die kleinen Gewinne zum Teil verloren gingen. Am Mehlmarkt herrschte sehr ruhiges Geschäft. Die Forderungen der Mühlen blieben unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz bei kleinem Angebot; auch fehlte es an Unternehmungslust. Am Gerstenmarkt ist die Stimmung wieder sehr ruhig geworden. Die Käufer operieren mit grosser Vorsicht.

	<u>11. März</u>	<u>12. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	247 - 249	248 - 250
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	190 - 196	189 - 196
Futter- und Industrierogerste	178 - 185	176 - 184
Hafer	159 - 166	159 - 166
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,25 - 34,75
Roggenmehl	26,90 - 27,90	26,90 - 27,90
Weizenkleie	10,70 - 11,00	10,70 - 11,00
Roggenkleie	10,30 - 10,60	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 263½ plus Geld (vortag 262½), Mai 269-268½ Brief (268½), Juli 272½ (272½), September - (243), Roggen März - (198½), Mai 205½-205 (205½), Juli 206½-206 Brief (205½), September 192½ (192½), Hafer März 175½ plus Geld (175), Mai 179½ (179½), Juli - (184).

-----



# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

## Genter System?

SPD. Schon wieder ein "System"? Wird der Arbeiter fragen, wenn er vom "Genter System" hört. Was ist das für ein System? Es ist - kurz gesagt - die Betreuung der Arbeitslosen nicht durch eine Pflichtversicherung, sondern durch die Gewerkschaften unter Bezuschussung aus öffentlichen Mitteln. Die Pflichtversicherung überwiegt heute in den Ländern, in denen es einen Arbeitslosenschutz gibt. Die Zahl der versicherten Personen in den Ländern mit Pflichtversicherung beträgt nach einer Zusammenstellung des Internationalen Arbeitsamtes aus dem Jahre 1931 rund 44,8 Millionen. Länder mit freiwilliger Versicherung, d.h. Länder, in denen mehr oder weniger stark das Genter System in Anwendung ist, sind Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Holland, Norwegen, Schweiz (14 Kantone) und die Tschechoslowakei. Die Zahl der in diesen Ländern betreuten Arbeitslosen umfasst nach den Feststellungen des IAA rund 2,8 Millionen.

Das Genter System wurde vom Preiskommissar Dr. Goerdeler empfohlen und zwar in Verbindung mit seiner Absicht, die allgemeine staatliche Arbeitslosenversicherung zu beseitigen. Merkwürdigerweise stieß seine Empfehlung nur bei den freien Gewerkschaften von vornherein auf Ablehnung. Wie der Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst schrieb, sollen alle Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Goerdelers Vorschlag sympathisieren. Natürlich wollen auch die Christlichen Gewerkschaften keine Zertrümmerung des Arbeitslosenschutzes überhaupt, aber allem Anschein nach betrachten sie eine Uebertragung der Versicherung auf die Gewerkschaften als einen Ausweg aus den Schwierigkeiten der Arbeitslosenbetreuung. Bei den Angestelltenverbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes überrascht eine solche Auffassung nicht; denn sie sind ja von jeher für Ersatzkassen eingetreten, d.h. für ein Ausscheiden der Angestellten aus der einheitlichen Gefahrengemeinschaft mit den Arbeitern. Bei den christlichen Arbeitergewerkschaften erscheint uns jedoch die Begeisterung für das Genter System weniger begründet. Jedenfalls dürfte in ihren Reihen, bevor eine Entscheidung über Goerdelers Vorschläge fällt, das Für und Gegen noch eingehend geprüft werden.

Das Genter System ist kein Fortschritt. Den Beweis für diese Feststellung hat die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB, in ihrer neusten Nummer mit sehr beachtenswerten Argumenten geführt. Zur Frage, ob das Genter System vom Stand der Arbeitsmarktpolitik aus zweckmässiger ist, bemerkt die Gewerkschaftszeitung: Die arbeitsmarktpolitischen Gründe, die seinerzeit zur Schaffung einer Arbeitslosenversicherung führten, bestehen auch heute noch. Wir haben heute durch die Wirtschaftskrise ein förmliches Chaos auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktprobleme sind durch Rationalisierung, Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung, durch Konzentration der Produktion und Zusammenbruch von Betrieben, durch die Maschinerisierung der Landwirtschaft usw. usw. ins Gigantische gewachsen. Heute tut mehr denn je wirkliche Arbeitsmarktpolitik bitter not. Es wäre eine Tollheit sondergleichen, in dieser Notzeit rein aus innerpolitischen Zweckmässigkeitsgründen und aus Feindschaft gegen die allgemeine Arbeitslosenversicherung die Voraussetzungen hierfür zu vernichten und einen Berufsegoismus zu pflegen, der nur zu weiteren Versteifungen in der Wirtschaft beitragen kann."

Sozialpolitisch ist eine Uebertragung der Versicherung auf die Gewerkschaften nicht weniger gefährlich. Angeblich soll durch diese Uebertragung die Macht der Gewerkschaften erweitert werden, weil der Arbeiter zur Gewerkschaft gedrängt werde, wenn diese fast allein Unterstützung bei Arbeitslosigkeit bietet. Darauf antwortet die Gewerkschaftszeitung: die Selbsthilfe, zu der die Gewerkschaften ihre Mitglieder innerhalb der Organisationen vereinigen wollen, dient nicht der Stärkung dieser Organisationen als Selbstzweck, sondern sie hat das gesamte Staatsgefüge mit sozialem Inhalt zu erfüllen. Nicht eine vom Staat losgelöste berufständige Selbsthilfe, sondern eine allerdings durch den Einfluss starker Gewerkschaften untermauerte staatliche Sozialpolitik auf- und auszubauen das ist das Ziel der Gewerkschaften. Die "berufständige Selbsthilfe" würde zu Versuchen führen, den arbeitsmarktpolitisch günstiger liegenden Beruf abzuriegeln gegen den Zuzug aus anderen Berufen. In der Arbeitslosenversicherung ist aber gerade die solidarische, alle Berufe einheitlich umfassende Gefahrengemeinschaft unerlässlich, weil das Risiko nicht nur vorher unberechenbar, sondern auch im Verhältnis von einem Beruf zum andern keine konstante Grösse, sondern überaus wechselvoll ist.

Auch gewerkschaftspolitisch ist das Genter System nach der Auffassung der Gewerkschaften nicht ratsam; denn der Arbeitgeber will, wenn er Beitrag zahlt, auch in der Verwaltung in irgendeiner Weise beteiligt sein, und ähnlich steht es mit dem Staat. Leistet er unter Fortfall des Unternehmerbeitrags entsprechende Zuschüsse, so wird er seinen Verwaltungseinfluss geltend machen wollen. Die Uebertragung der Versicherung auf die Gewerkschaften wäre daher ohne Einschaltung von Kontrollmassnahmen, die das Wesen der Gewerkschaften stark beeinflussen würden, nicht denkbar. Bei Einschränkung der Leistungen würde der Unmut der Arbeitslosen vom Staat nur auf die Gewerkschaften abgewälzt. Diese Situation für die Gewerkschaften herbeizuführen, wäre, abgesehen von der Unübersichtlichkeit der Wirtschaftsentwicklung, jederzeit möglich durch Verknappung der Zuschüsse des Arbeitgebers oder des Staates. "Die Gewerkschaften müssen also" - so schliesst die Gewerkschaftszeitung ihre lehrreiche Kritik, "schon für das "Geschenk" danken, das ihnen der Vorschlag Goerdelers bringen will. Müssen sie es schon ablehnen, weil hinter ihm sich der Raub der Arbeitslosenversicherung verbergen soll, so müssen sie es auch zurückweisen, weil es praktisch gegen die Gewerkschaften gerichtet ist. Will die Regierung die Arbeitslosenversicherung beibehalten, so soll sie das klar heraus erklären".

SPD. Die Union der rumänischen Bergarbeiter, einer von den wenigen, wirklich straff organisierten Gewerkschaftsverbänden Rumäniens, hielt dieser Tage nach dreijähriger Unterbrechung ihren 7. Kongress ab. Die Tagung war ein getreues Spiegelbild der furchtbaren Lage nicht nur der Bergarbeiter, sondern der rumänischen Arbeiterklasse schlechthin. Die rumänischen Arbeiter verdienen heute, wie aus den Feststellungen der Delegierten hervorgeht, pro Tag 0,75 bis 2 Mark. Sie werden geradezu ungeheuerlich ausgebeutet. Die Union, deren Mitgliederbestand infolge der Krise insgesamt 7 572 herunterging, hat im vergangenen Jahr nahezu 1 Million Lei zur Unterstützung an arbeitslose Mitglieder verteilt. Ihre finanziellen Kräfte sind jetzt nahezu erschöpft. Der Kongress forderte den Ausbau der staatlichen Sozialfürsorge und die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke. -

Noch nie bot ein rumänischer Gewerkschaftskongress einen so niederschmetternden Anblick wie der der Union der Bergarbeiter. So mancher deutsche Arbeiter, der den Hitler-Hetzern nachläuft, hätte auf diesem Kongress sehen können, welches furchtbarem Schicksal die Arbeiterschaft eines Landes ausgeliefert ist, die nicht geschlossen dasteht.

SPD. In der Heizungsindustrie des Ruhrgebiets ist durch Löschung des Arbeitgeberverbandes ein Konflikt entstanden. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte sich sofort nach Löschung der Arbeitgeberorganisation im Vereinsregister bemüht, das alte Traifgebiet zusammenzuhalten. Seine Bemühungen, durch die Einsetzung eines Sonderschlichters Klarheit und Ordnung zu schaffen, blieben jedoch ohne Erfolg. Unterdessen waren 34 der dem früheren Arbeitgeberverband für die Heizungsindustrie angeschlossenen Firmen Mitglied der örtlichen Arbeitgeberverbände und damit der Gruppe Arbeit Northwest geworden. Northwest stellte sich nun auf den Standpunkt, sein Rahmen- und Lohn tarif gelte jetzt automatisch für die Arbeiter dieser Firmen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband konnte ein solches Verfahren nicht billigen und bekämpfte den Standpunkt von Northwest. Infolge des Konflikts wurden die Arbeitsverträge gekündigt und die Arbeiter gingen aus den Betrieben. Northwest beantragte daraufhin beim Arbeitsgericht in Essen eine einstweilige Verfügung gegen den DMV zur Unterbindung des Streiks. Das Gericht wies diesen Antrag ab mit der Begründung, dass durch den Uebertritt einzelner Mitglieder der Heizungsindustrie zu Northwest keine Friedenspflicht aufgrund des Tarifvertrages von Northwest bestehe, dass also diese Firmen nicht einfach unter diesen Tarif fallen. Trotzdem gibt Nordwest keine Ruhe. Während in Köln und Aachen, im Wuppertal und in Hagen durch Sonderabkommen die Streitfragen in der Heizungsindustrie längst geregelt sind, beharrt Northwest noch immer auf seinen unmöglichen Forderungen. Dabei sind sowohl in Düsseldorf wie auch in Duisburg durch die örtlichen Schlichtungsinstanzen besondere Lohnsätze bereits für die Arbeiter der Zentralheizungsindustrie festgelegt worden.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist nach wie vor bereit, einen Tarif abzuschliessen, der den besonderen Verhältnissen in der Heizungsindustrie Rechnung trägt. Er ist sogar bereit, den Arbeitskampf zu beenden und den Rechtsstreit über den Rahmentarif zunächst offen zu lassen, wenn in erster Linie über die Lohn- und Auslösungssätze eine Verständigung erzielt ist. Bezeichnend für die Halsstarrigkeit von Arbeit Northwest ist auch die Tatsache, dass selbst Firmen, die Northwest angeschlossenen sind, mittlerweile Sonderabkommen mit ihren Belegschaften abgeschlossen haben.

Der Konflikt hat leider indirekt auch tragische Folgen gehabt. In Bochum wurden drei Arbeiter von einem stürzenden Lastwagen, der eine unsachgemäss verladene Last Heizkörper führte, erschlagen. Bei dem Transport waren Streikbrecher beschäftigt.

SPD, Die Zechenbesitzer, die mit Millionenbeträgen die Nazibewegung finanziert haben, bekommen es jetzt mit der Angst zu tun. Sie bilden auf ihren Zechen sogenannte Zechenwehren unter dem Vorwand, die Gruben gegen einen Linksputsch sichern zu müssen. Die Leute dieser Zechenwehren haben in Abteilungen von je 25 Mann Wachdienst zu machen. Sie werden von der Zeche verpflegt. Die Wehren bestehen nicht aus Arbeitern, sondern ausschliesslich aus Beamten und Angestellten, die gelben Organisationen angehören oder Nationalsozialisten sind.

Die Zechenbesitzer wollen sich gegen einen Linksputsch sichern?! Wenn ein Putsch in Frage kommt, dann doch nur von Seiten der Nazis aus.